

Hauptsache Strom

Sind wir doch mal ehrlich. Der Strom kommt aus der Steckdose. Und der Weg dorthin ist uns ziemlich egal. Wer glaubt, grünen Strom zu bekommen, nur weil er ihn bestellt hat, irrt. Die Energie kommt aus einem großen Pool, in den Strom aus allen möglichen Quellen fließt. Und darunter ist auch der Strom, der aus der Kohleverbrennung erzeugt wird. Und das wird – Kohlekommission hin oder her – noch lange Zeit so bleiben.



Foto: Ed Koch

Mächtig gewaltig findet der Kohleabbau in der Lausitz statt, gleich vor unserer Haustür. Man sollte sich das vor Ort einmal anschauen. Vor allem die Gegenden, in denen die Kohle bereits abgebaut und die Flächen renaturiert wurden. Ganze Dörfer wurden abgerissen und neu errichtet. Von den Menschen, die dort leben und arbeiten, beklagt sich kaum jemand. Und wir hier, eine Stunde entfernt im sicheren Abstand demonstrieren gegen den Kohleabbau. Jugendliche schwänzen die Schule und drängen auf eine bessere Umwelt. Alles richtig, tolle Aktionen. Die Frage ist nur, was aus den Menschen in der Lausitz wird. Milliarden für eine kohlefreie Region zur Verfügung stellen zu wollen, klingt gut. Wo bleiben aber die Arbeitsplätze? Wer oder was soll sich in der Lausitz ansiedeln, um zehntausenden von Menschen Arbeit und Brot zu geben? Die Konsequenz kann ja nicht sein, dass die Jungen die Lausitz verlassen und eine menschenleere Öde hinterlassen. Die Lausitz ist eine wunderschöne Gegend, ein viel zu wenig genutztes Naherholungsgebiet für uns Berliner.

Die LEAG betreibt als Nachfolgerin von Vattenfall den Kohleabbau in der Region und sie nimmt das bislang kommunizierte Ergebnis zum Entwurf des Abschlussberichtes der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung zur Kenntnis. Eine erforderliche umfassende Prüfung des Abschlussberichts soll zeitnah erfolgen.

Der Vorstandsvorsitzende der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG) und frühere Geschäftsführer der Stromnetz Berlin GmbH, Dr. Helmar Rendez, sagt: „Sollte auch nach der Prüfung des Berichtes durch die Bundesregierung das Ausstiegsdatum Ende 2038 sowie die Stilllegung weiterer Kapazitäten in den nächsten Jahren bestätigt werden, dann würde dies unser Revierkonzept, das nach unseren Planungen bis über 2040 hinausreicht, ernsthaft in Frage stellen. Der von uns eingeforderte Planungshorizont für den Betrieb der Tagebaue und Kraftwerke im Lausitzer Revier ist damit nicht gegeben“.

Eine noch größere Gefahr würde eine Revisionsklausel mit Blick auf einen weiter vorgezogenen Ausstiegstermin 2035 bedeuten, unterstreicht Rendez. „Das würde von vornherein jede Planungssicherheit über 2035 hinaus ausschließen. Derartige Unsicherheiten für unser Unternehmen, unsere Mitarbeiter und die gesamte Region wollten wir mit dem im Jahr 2017 verabschiedeten Lausitzer Revierkonzept vermeiden“, sagte Rendez. Und weiter: „Wir erwarten, dass im Rahmen der am 31. Januar 2019 stattfindenden Kanzleramtsrunde klar und deutlich über die sich aus dem Kommissionsbericht ergebenden Konsequenzen für das Lausitzer Revier gesprochen wird.“

Von der Bundesregierung erwarte Rendez, dass sie den Abschlussbericht im Lichte der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Braunkohlenindustrie sachlich und verantwortungsvoll prüfe und umgehend klare und verbindliche Aussagen dazu treffe.

Zugleich zeigt sich die LEAG verwundert über die Reaktion der Umweltverbände, die zwar dem Abschlussbericht zugestimmt haben, aber bereits heute den Zeitplan zum Ausstieg aus der Kohle wieder in Frage stellen und ankündigen weiter für einen früheren Ausstieg zu kämpfen.

Ja, die Umweltverbände oder der Abzockverein „Deutsche Umwelthilfe“. Wessen Interessen vertreten die eigentlich? Es ist immer leicht, aus der warmen Ökustube am Schreibtisch die Welt verbessern zu wollen. Atomausstieg, Kohleausstieg, sicherlich sinnvoll, aber frei nach Lorient: Ein Leben ohne Atomkraft und Kohle ist möglich aber sinnlos. Wenn nämlich um uns herum die Kraftwerke weiter in Betrieb bleiben. Die größte Gefahr für uns geht von französischen Atomkraftwerken aus, in Polen wird weiterhin Kohle abgebaut. Die Bevölkerung dort hat sich zumindest bislang erfolgreich gegen den Bau von Atomkraftwerken gewehrt. Zum Schluss ein Lieblingssatz aller Politiker: Wir brauchen eine europäische Lösung.

Ed Koch